



Das „Prostituiertenschutzgesetz“ gefährdet und entrechtet Sexarbeiter*innen

Am 01. Juli 2017 tritt das sogenannte Prostituiertenschutzgesetz/ ProstSchG in Kraft. Es zwingt Sexarbeiter*innen, ihre Tätigkeit bei mehreren Behörden anzumelden. Bei ihrer Arbeit müssen sie zukünftig einen Ausweis mit Foto bei sich führen. Auf ihm ist vermerkt, dass sie „Prostituierte“ sind. Eine Sexarbeiterin sagt:

*„Das schützt Sexarbeiter*innen nicht, sondern bringt sie in Gefahr: Aus gutem Grunde halten die meisten Sexarbeiter*innen ihre Tätigkeit geheim. Müssen sie doch für sich und Angehörige Isolierung und Ablehnung, Respektlosigkeit und Mobbing bis hin zu hasserfüllten Übergriffen befürchten. Gerät in Zukunft ihr Ausweis in falsche Hände, werden sie ein leichtes Objekt von Erpressungen. Kunden werden vermehrt nach diesem Ausweis fragen und damit persönliche Daten der Sexarbeiter*innen erfahren.“*

Ein Gesetz, das Sexarbeiter*innen outet, kann nicht schützen. Schützen können nur Rechte!

Auch zahlreiche Expert*innen und Fachverbände haben in ihren Stellungnahmen zum ProstSchG deutlich gemacht, dass dieses Gesetz nicht schützt, sondern gefährdet. Unter dem Einfluss von Prostitutionsgegner*innen hat der Gesetzgeber diese Einwände nicht berücksichtigt und leistet damit der Stigmatisierung von Sexarbeit Vorschub.



Das „Prostituiertenschutzgesetz“ gefährdet und entrechtet Sexarbeiter*innen

Am 01. Juli 2017 tritt das sogenannte Prostituiertenschutzgesetz/ ProstSchG in Kraft. Es zwingt Sexarbeiter*innen, ihre Tätigkeit bei mehreren Behörden anzumelden. Bei ihrer Arbeit müssen sie zukünftig einen Ausweis mit Foto bei sich führen. Auf ihm ist vermerkt, dass sie „Prostituierte“ sind. Eine Sexarbeiterin sagt:

*„Das schützt Sexarbeiter*innen nicht, sondern bringt sie in Gefahr: Aus gutem Grunde halten die meisten Sexarbeiter*innen ihre Tätigkeit geheim. Müssen sie doch für sich und Angehörige Isolierung und Ablehnung, Respektlosigkeit und Mobbing bis hin zu hasserfüllten Übergriffen befürchten. Gerät in Zukunft ihr Ausweis in falsche Hände, werden sie ein leichtes Objekt von Erpressungen. Kunden werden vermehrt nach diesem Ausweis fragen und damit persönliche Daten der Sexarbeiter*innen erfahren.“*

Ein Gesetz, das Sexarbeiter*innen outet, kann nicht schützen. Schützen können nur Rechte!

Auch zahlreiche Expert*innen und Fachverbände haben in ihren Stellungnahmen zum ProstSchG deutlich gemacht, dass dieses Gesetz nicht schützt, sondern gefährdet. Unter dem Einfluss von Prostitutionsgegner*innen hat der Gesetzgeber diese Einwände nicht berücksichtigt und leistet damit der Stigmatisierung von Sexarbeit Vorschub.

Dieses Gesetz kontrolliert und bevormundet Sexarbeiter*innen. Kein einziges Recht für Sexarbeiter*innen wurde hier verankert.

Deshalb kämpfen wir als Bündnis von Sexarbeiter*innen, feministischen Aktivist*innen und Sozialarbeiter*innen mit der Kampagne **SEXARBEIT IST ARBEIT. RESPEKT!** gegen das ProstSchG und für mehr Rechte für Sexarbeiter*innen.

- Als Sexarbeiter*innen wollen wir Rechte statt Einschränkungen der Grundrechte.
- Als Sozialarbeiter*innen wehren wir uns dagegen, zu Handlangerinnen der staatlichen Kontrollbehörden zu werden.
- Als Feminist*innen wissen wir, dass sich das Hurenstigma, als wichtiges Element von geschlechtsspezifischer Sozialisation, gegen das Selbstbestimmungsrecht von allen Frauen* und Mädchen richtet.

Dieses Gesetz ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen* und muss zurückgezogen werden!

Wir fordern stattdessen Rechte für Sexarbeiter*innen.

- Arbeitsrechte
- Selbstbestimmung
- Ende der Stigmatisierung
- Teilhabe an allen Entscheidungen, die uns betreffen

Deshalb protestieren wir heute in vielen Städten Deutschlands, um Respekt für Sexarbeit einzufordern.

Deshalb wünschen wir uns, dass viele andere an vielen Orten auf vielfältige Weise Respekt für Sexarbeiter*innen einfordern.

Mehr Information www.sexarbeit-ist-arbeit.de

ViSDP Stephanie Klee | c/o move e. V.
Wilhelmine-Gemberg-Weg 12 | 10179 Berlin

Dieses Gesetz kontrolliert und bevormundet Sexarbeiter*innen. Kein einziges Recht für Sexarbeiter*innen wurde hier verankert.

Deshalb kämpfen wir als Bündnis von Sexarbeiter*innen, feministischen Aktivist*innen und Sozialarbeiter*innen mit der Kampagne **SEXARBEIT IST ARBEIT. RESPEKT!** gegen das ProstSchG und für mehr Rechte für Sexarbeiter*innen.

- Als Sexarbeiter*innen wollen wir Rechte statt Einschränkungen der Grundrechte.
- Als Sozialarbeiter*innen wehren wir uns dagegen, zu Handlangerinnen der staatlichen Kontrollbehörden zu werden.
- Als Feminist*innen wissen wir, dass sich das Hurenstigma, als wichtiges Element von geschlechtsspezifischer Sozialisation, gegen das Selbstbestimmungsrecht von allen Frauen* und Mädchen richtet.

Dieses Gesetz ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen* und muss zurückgezogen werden!

Wir fordern stattdessen Rechte für Sexarbeiter*innen.

- Arbeitsrechte
- Selbstbestimmung
- Ende der Stigmatisierung
- Teilhabe an allen Entscheidungen, die uns betreffen

Deshalb protestieren wir heute in vielen Städten Deutschlands, um Respekt für Sexarbeit einzufordern.

Deshalb wünschen wir uns, dass viele andere an vielen Orten auf vielfältige Weise Respekt für Sexarbeiter*innen einfordern.

Mehr Information www.sexarbeit-ist-arbeit.de

ViSDP Stephanie Klee | c/o move e. V.
Wilhelmine-Gemberg-Weg 12 | 10179 Berlin